

## Landtagspräsident erhielt „Puttes-Orden“: „Blutwurst wieder salonfähig gemacht“

Der nordrhein-westfälische Landtagspräsident John van Nes Ziegler habe „die Blutwurst nach langem Dornröschenschlaf wieder salonfähig gemacht“. Mit dieser Begründung erhielt der Landtagspräsident in Aachen den „Puttes-Orden“ der Aachener Fleischerinnung. Der Obermeister und Vizepräsident des deutschen Fleischerverbandes, Rudolf Kunze, versicherte, es sei das Verdienst des neuen Ordensträgers als früherer Kölner Oberbürgermeister, daß der „Anuga-Flönz-Cup“ zum größten Blutwurstwettbewerb der Welt wurde. Kunze hängte dem Landtagspräsidenten einen original vakuumverpackten Ring der Blutwurst um den Hals, die in Aachen Puttes genannt wird. Landwirtschaftsminister Hans Otto Bäumer, Ordensträger 1981, nannte van Nes Ziegler ein „Gemisch von Lebenserfahrung, rheinischem Frohsinn und Augenmaß“.

## Ausländerpolitik . . .

Fortsetzung von Seite 3

ausländischer Kinder in unseren Schulen zu verwirklichen.

■ 1. Der Landtag Nordrhein-Westfalen setzt eine Kommission ein, die Fragen der Ausländerpolitik mit den gesellschaftlichen Verbänden und Gruppen, wie z.B. Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Wohlfahrtsverbänden, erörtern und einen konkreten Handlungsrahmen finden soll. Die Kommission besteht aus je vier Mitgliedern der beiden Landtagsfraktionen.

■ 1. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen verurteilt die Aktivitäten der sogenannten Bürgerinitiativen „Ausländerstopp“. Mit dieser Initiative versucht die Nationaldemokratische Partei (NPD) dem Rechtsextremismus neuen Auftrieb zu verschaffen.

2. Ein Volksbegehren, das sich gegen unsere ausländischen Mitbürger richtet, ist ebenso gegen unsere demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung und ihre Grundwerte – Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität – gerichtet.

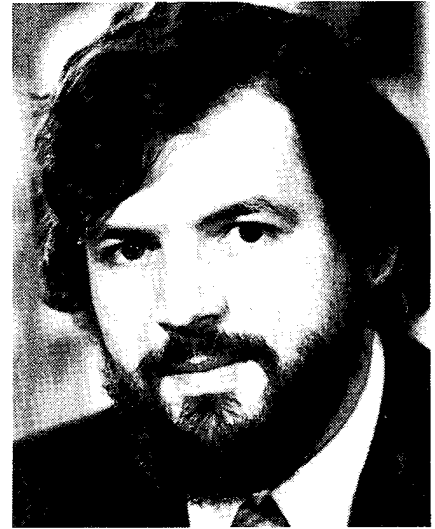
Wie unsere geschichtliche Erfahrung lehrt, sind Rassenhaß und Ausländerfeindlichkeit verwerflich und ungeeignet, politische Probleme zu lösen.

Diejenigen, die für das sogenannte Volksbegehren als Antragsteller namentlich verantwortlich gezeichnet haben, verschweigen, daß sie Mitglieder der NPD sind und ihre Aktionen somit der Aufbereitung neonazistischer Gedankengutes gelten sollen.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen ruft alle Bürger unseres Landes und ihre Verbände und Organisationen auf, jeder Aufforderung zur Ausländerfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten.

Denzer und Fraktion

Prof. Dr. Biedenkopf und Fraktion



Johannes Pflug (SPD)

Zwar wird er zu den sogenannten „Linken“ in seiner Partei gezählt, doch gleichzeitig kann er gute Kontakte zur CDU aufweisen: Johannes Pflug, direktgewählter SPD-Landtagsabgeordneter im Wahlkreis Duisburg II, wird vermutlich auch von politischen Gegnern geschätzt wegen seiner Offenheit und Geradlinigkeit. Der aus einer Bergbaufamilie in Duisburg-Hamborn stammende 36jährige Sozialdemokrat focht für Umweltschutz und Stadtsanierung schon zu einer Zeit, wo beide Probleme noch im Hintergrund der öffentlichen Diskussion standen.

Dieses Interesse dürfte mitausgelöst worden sein durch die räumliche Umgebung, die Zechenhäuser und den Berufsweg des heutigen Ingenieurs (grad.) für Vermessungstechnik. Mit 18 Jahren in die SPD eingetreten, und später als Mitglied des Duisburger Stadtrates auch Vorsitzender des Sanierungsausschusses, setzte sich Johannes Pflug mit Nachdruck für die Abkehr von der damaligen Flächen- zur sogenannten Objektsanierung ein. Gegen den Widerstand der Verwaltung kämpfte der gleichzeitige SPD-Fraktionsvorsitzende der Hamborner Bezirksvertretung auch für umweltgerechtere Straßen in den Sanierungsgebieten. „Wir haben alles getan, um die Pläne von klotzigen, vierspurigen Fahrbahnen kaputt zu machen“, erinnert er sich heute. So wurden aus Fahrbahnen Grünflächen. Für den Kommunalpolitiker ist es unerlässlich, daß die Bebauungspläne für den Bürger verständlicher konzipiert, und dieser stärker daran beteiligt werden müsse. „Im Vorfeld der Planungen muß die Diskussion stehen.“

Nach der letzten Landtagswahl von seiner Fraktion in den Ausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform delegiert, sind dort seine Schwerpunkte der Umweltschutz und die Entbürokratisierung. Nach seiner Ansicht müssen die „Doppel- und Dreifach-Prüfungsverfahren“ bei der Gewährung von Fördermitteln abgeschafft und „mehr Vertrauen in den Sachverstand und die Eigenverantwortung der Gemeinden“ gesetzt werden. Als Duisburger Abgeordneter sieht er es als seine Aufgabe an, die VEBA-Ansiedlung im Orsoyer Rheinboogen zu verhindern. Es müsse bei der Landesplanung zu einem ausgewoge-

nen Verhältnis der Standorte für Kraftwerke und industrielle Großprojekte im Lande kommen. Auch sollten die Art und Größe neuer industrieller Ansiedlungen auf die jeweilige Wirtschafts- und Siedlungsstruktur des betroffenen Raumes zugeschnitten sein.

Im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung will der SPD-Politiker neue Akzente setzen. Die strukturpolitische Bedeutung einer Hochschule für die Region werde noch zu wenig erkannt. Am Beispiel der Universität Duisburg lasse sich verdeutlichen, daß sie auch die Aufgabe habe, in einer Region neue Arbeitsplätze zu schaffen, wo durch Forschung und Lehre viele Arbeitsplätze vernichtet worden seien. Die Universitäten müßten die Probleme ihrer Regionen „aufnehmen“. Ein untragbarer Zustand ist es schließlich nach Meinung des Ausschußmitgliedes, daß die Hochschulen den Wünschen der Studenten für bestimmte Studiengänge, wie Sozialarbeiter, Politologe und Pädagoge immer noch in großem Umfange Rechnung tragen, obwohl nur eine geringe gesellschaftliche Nachfrage vorhanden sei. Überdies setzt sich der SPD-Abgeordnete für eine „landesspezifische“ Konzentrierung der Forschungspolitik ein.

Das langjährige Gewerkschaftsmitglied wurde vor der letzten Landtagswahl zu einer Kandidatur für das Landesplenium von Parteifreunden ermuntert. Als „Neuling“ fühlt sich Johannes Pflug nach gut eineinhalb Jahren bereits in die Fraktion integriert. Für den „Sozialdemokraten der Basis“ bleibt aber die Arbeit im Wahlkreis der Schwerpunkt seines politischen Wirkens. Und wenn der Vater eines Sohnes einmal von Politik nichts hören will, dann greift er zum Fotoapparat oder zieht die Fußballschuhe an. . . .

Jochen Juretko